

AfA STIMME DER ARBEIT

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im Saarland

Arbeit darf nicht in Armut münden.

Altersarmut bedroht immer mehr Menschen. Im Saarland lag 2014 jeder fünfte Rentner mit seinem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle – und Altersarmut ist im Saarland weiblich. Die Frauen bekamen 2014 im Durchschnitt gerade 481 Euro. Wie will jemand damit über die Runden kommen? Wir müssen hier umsteuern. Die Antwort auf das Problem der Altersarmut muss klar und eindeutig sein: Leistung muss sich wieder lohnen. Wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, der muss am Ende seines Arbeitslebens seinen Lebensstandard sichern können. Wer gearbeitet hat, darf nicht von Armut bedroht werden. Im Gegenteil: Wer gearbeitet hat, der muss auch mehr Rente bekommen als jemand, der nicht gearbeitet hat.

Wir müssen wieder für ein stabiles Rentenniveau sorgen. Handeln wir nicht, steuert ein großer Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin auf Altersarmut zu. Eine Mindestrente für Menschen, die über vier Jahrzehnte lang Vollzeit gearbeitet haben, wäre ebenso ein Schritt in die richtige Richtung. Auch Erwerbsminderungsrentner müssen wir besser

stellen. Ganz besonders müssen wir aber die Renten von Frauen aufwerten. Die Möglichkeit gäbe es, indem wir die Zeiten gesellschaftlich wertvoller Tätigkeiten besser anerkennen. Auch Betriebsrenten als zusätzliche Säule im Rentensystem müssen wir für die Zukunft eine stärkere Rolle spielen. Damit hätten Beschäftigte eine realistische Möglichkeit auf eine betriebliche Altersvorsorge. Wogegen ich mich aber sperre ist eine pauschale Erhöhung des Renteneintrittsalters! Wir brauchen stattdessen eine Lösung, die auf mehr Selbstbestimmung setzt!



Anke Rehlinger
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Saar

Die Altersarmut im Saarland steigt rasant

Während aktuell heftig über die Zukunft der Rente diskutiert wird, hat die Ausbreitung von Armut im Rentenalter schon längst begonnen. Das zeigen die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen. Konkret war 2015 im Saarland jeder fünfte Rentner und Pensionär über 65 Jahre von Armut bedroht, weil sein Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte betrug. Bei den Erwerbstätigen war der Anteil mit 7,7 Prozent deutlich geringer als in der Rentnergeneration (siehe Grafik). Das Armutsrisiko ist für Rentempfänger seit dem Jahr 2005 von 11,8 auf 20,0 Prozent kräftig gestiegen. Damit übertrifft die Altersarmut bereits seit 2010 das Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung mit 17,2 Prozent im Jahr 2015. Diese problematische Entwicklung ist auch eines der zentralen Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichts für das Saarland.

Es ist zu befürchten, dass die Armut älterer Menschen langfristig weiter steigen wird. Das liegt nicht allein am sinkenden Rentenniveau. Denn zunehmend werden gesellschaftliche Entwicklungen, wie der Anstieg un-steter Erwerbsbiografien und prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Abschaffung der Rentenbeitragszahlung für Langzeitarbeitslose auf die Generation der Rentner durchschlagen. Im Saarland wird sich zudem das Auslaufen der relativ hohen Knappschaftsrenten auswirken.

Die AfA setzt sich deshalb für grundlegende rentenpolitische Reformen ein, mit dem Ziel einer solidarischen Alterssicherung. Die gesetzliche Rente muss wieder gestärkt werden. Sie muss auch in Zukunft einen angemessenen Lebensstandard sichern und vor Armut schützen. Grundlage für ein armutsfestes Rentensystem ist ein regulierter Arbeitsmarkt mit sicheren Arbeitsplätzen und Guter Arbeit. Damit Altersarmut schon im Ansatz bekämpft wird, ist die Wiederherstellung einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt notwendig. Hierzu gehören z.B. die Begrenzung von Leiharbeit und die armutsfeste Weiterentwicklung des Mindestlohnes.

Der weitere Rückgang des Rentenniveaus muss gestoppt werden. Die AfA setzt sich für eine nachhaltige Sicherung oberhalb der Marke von 50 Pro-

zent ein. Die Riester-Rente sollte auslaufen. Die Rentenformel müsste um den Riesterfaktor und den Nachhaltigkeitsfaktor bereinigt werden und eine echte paritätische Finanzierung der Rentenbeiträge wiederhergestellt werden.

Um Altersarmut zu vermeiden, sollte eine Rente nach Mindesteinkommen (wieder-)eingeführt werden, d.h. Zeiten mit Niedrigeinkommen werden für die Rente höher bewertet. Außerdem sind Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit in der Rentenberechnung zu berücksichtigen. Zudem fordert die AfA keine Rentenabschläge bei Erwerbsminderung.

Die Finanzierung dieser Eckpunkte ist anspruchsvoll, aber nicht unmöglich. Sie kann nicht allein über maßvoll höhere Beiträge erfolgen. Hierfür gibt es eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Soziale Aufgaben müssen von den wirtschaftlich Starken mitfinanziert werden. Deshalb müssen „versicherungsfremde Leistungen“ wie die Mütterrente oder die Ost-West-Angleichung aus Steuermitteln finanziert werden. Um die Renten der Baby-Boomer-Generation (Geburtsjahrgänge 1955 bis 1969) zu finanzieren, sollte, wie Andrea Nahles vorgeschlagen hat, ein Demografie-zuschuss des Bundes eingeführt werden. Mittelfristig sollte eine Ausweitung der Rentenversicherung auf weitere Erwerbstätigengruppen, wie z. B. die Selbstständigen, angestrebt werden.

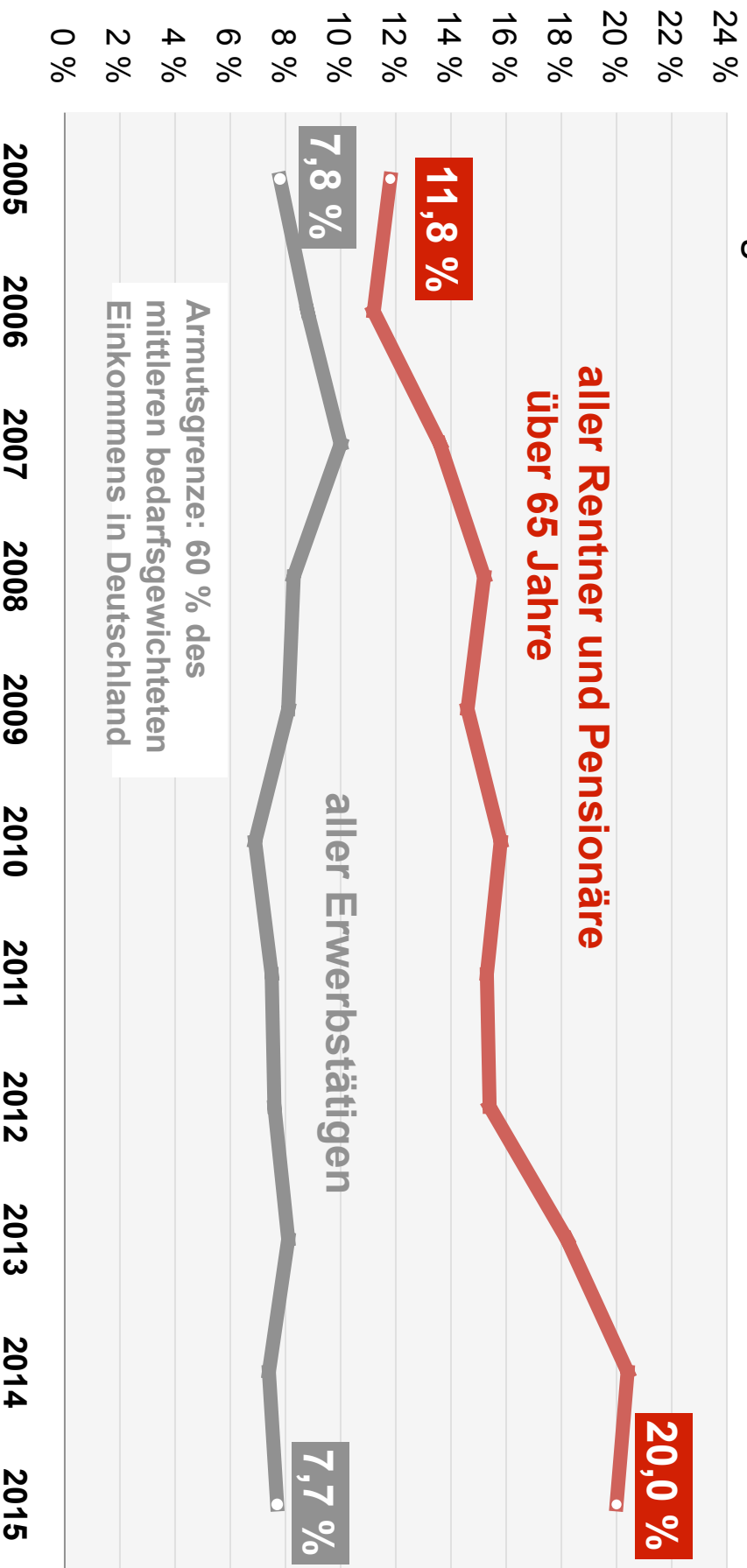
Das im November vom Bundesarbeitsministerium vorgelegte Rentenkonzept weist in die richtige Richtung. Doch will man den Menschen eine sichere Perspektive für ihre Zukunft geben, muss das Rentenniveau jetzt stabilisiert werden und es sind gezielte Maßnahmen gegen die wachsende Altersarmut zu ergreifen. Die Menschen erwarten eine Wertschätzung ihrer Lebensleistung.



Dagmar Ertl
Stellvertretende Landesvorsitzende der AfA Saarland

Altersarmut im Saarland bereits heute Realität

Von Armut gefährdet waren ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016

Rente – ein Thema besonders für die „Jungen“

Debatten um die Zukunft der allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung finden allenthalben und auf allen Kanälen und den „Social Media“ statt. Meist werden sie sehr stark polarisierend und emotional geführt, denn es geht ja auch um viel: Die eigene Alterssicherung, zumindest armutsfest, aber besser noch einen vernünftigen Lebensstandard im Alter sichernd. Meistens ereifern sich aber dabei auch mittelalte oder lebensältere Generationen. Bei den „Jüngeren“ treten dagegen meist nur hoch elegant gestylte, Millionen schwere „Unternehmerverbandsvertreterinnen“ vor Mikrofone und Kameras. Die „Jungen“ aus der bürgerlichen Mitte bzw. den einkommensschwächeren Schichten fehlen aber, d. h. junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade für sie ist dieses Thema jedoch von besonderer Bedeutung:

Der Finanzcrash von Lehmann Brothers am 16. September des Jahres 2008 und die dadurch ausgelösten Eruptionen im „Finanzmarkt Casino“ brachten z.B. in den USA ganze Rentnerinnen- und Rentnergenerationen um ihre verdiente, privat angelegte Alterssicherung. Dessen völlig ungeachtet versucht beispielsweise die selbst ernannte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)“, eine mit rund 50 Millionen Euro jährlich „geschmierte“ PR – Abteilung des Metall- und Elektroindustriearbeitgeberverbandes, gerade den „Jungen“ weis zu machen, dass die finanziellen Stärkungsmaßnahmen für die gesetzliche Rentenversicherung „...Ihnen die Zukunft stehlen...“ würde. Man kann dies auch als Versuch eines Meinungsbetrugs bezeichnen. Noch heute geht mir eine weißhaarige, weit über 70 Jahre alte Dame, nicht aus dem Sinn, die in Saarbrücken in der Reichstraße nach dem Crash vor der damaligen „City Bank“ (mittlerweile untergegangen) mit einem Schild vor der Bank demonstrierte, auf dem stand: „Gebt mir meine Rente wieder.“ Die Bankzocker hatten gerade einfach mal die Alterssicherung der alten Dame verzockt beim Crash. Das kommt auch daher, weil bei der privaten Alterssicherung meist mehr oder weniger anonyme Aufsichtsräte, hinter der Verschwiegenheitspflicht versteckt, das Geld für die private Alterssicherung mehr oder weniger risikoreich anlegen, meist an kurzfristigen Renditezielen orientiert und weniger an der Sicherheit. Die gesetzliche Rentenversicherung hat dagegen unvergleichbare Sicherheitsvorteile: Sie wird über die gesetzlich abgesicherte Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, die bei den Sozialversicherungswahlen wie wieder am 31. Mai 2017 demokratisch von allen Versicherten gewählt wird, von Arbeitgeber- und Versichertenvertretern verwaltet. Sie hat zwei Weltkriege überstanden, die deutsche Einheit mit rund 17 Millionen zuvor Nicht – Beitragszahlern geschultert und auch der große Finanzcrash der Spekulanten konnte ihr nichts anhaben. Gefährlicher sind aber politische Eingriffe in die Rentenformel usw., die das Rentenniveau gefährlich absinken lassen wollen. Die SPD hat in der vergangenen Legislaturperiode endlich wieder damit begonnen, dagegen zu halten z.B. mit der „Rente mit 63“. Sogleich wird sie aber wegen Verteilung angeblicher „Wohltaten“ von mächtigen Finanz- und Versicherungslobbyisten angegangen. Bundearbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) will das Rentenniveau bei 46 Prozent stabilisieren, immerhin, denn es soll auf nur noch 41 Prozent bis 2030 fallen. Die Gewerkschaften wollen mehr: Wir wollen dass zunächst das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisiert wird, was viele Milliarden Euro Staatszuschüsse bedeutet. Mittelfristig soll es wieder auf mindestens 50 Prozent angehoben werden und ggf. darüber hinaus. Außerdem soll es möglich sein, Zusatzrenten auch bei der gesetzlichen Rentenversicherung ansparen zu können. Mehr dazu: Siehe DGB – Kampagnenseite „www.rente-muss-reichen.de“.

Unterm Strich: Die gesetzliche Rente muss „das“ System einer Lebensstandard sichernden Altersversorgung bleiben, weil es eines der soli-

desten Alterssicherungssysteme der Welt ist. Sie muss daher armutsfest gemacht werden.

Der irreführende Vergleich, dass immer weniger „Junge“ immer mehr „Alte“ tragen müssten, verkennt die zugleich in der Vergangenheit förmlich

explodierte, wirtschaftliche Produktivität, d. h. das, was heute sehr Wenige sehr produktiv erwirtschaften, ist auch astronomisch höher als zu Zeiten früherer, anderer Bevölkerungspyramiden und deshalb können auch immer weniger „Junge“ immer mehr „Alte“ ernähren, wenn – ja wenn – diese Produktivitätsgewinne auch ordentlich und staatlich eingenommen und sozial verteilt werden. Das hat vorrangig was mit Gerechtigkeit und weniger mit der demografischen Entwicklung zu tun. Für die, die es sich leisten können und wollen, kann eine private Alterssicherung immer eine sinnvolle Aufstockung und Geldanlage sein. Sie darf aber nie das Grundsystem der gesetzlich und damit staatlich abgesicherten Rente ersetzen und selbst zum Grundsystem werden. Schlimme Beispiele in Argentinien und anderswo belegen, dass dann der jungen Generation ihre Alterssicherung und damit ihre Sicherheit im Alter geklaut würden.

Deshalb aufgepasst, „Junge“: Es geht um Deine bzw. Eure Alterssicherung in der Zukunft. Wer Euch höhere und bessere Renditen im Finanzmarktcasino vorgaukelt als Argument, der hat selbst meist persönliche Gewinnabsichten, aber nicht vorrangig die Sicherheit der Alterssicherung der „Jungen“ im Sinn. Deshalb müsst Ihr Euch auch für Eure Rente einsetzen und dürft dies nicht den „Alten“ alleine überlassen.

Eugen Roth

MdL, stellvertretender SPD Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzender sowie stellvertretender Vorsitzender DGB Rheinland – Pfalz/Saarland -





Die Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmer*innenfragen
in den SPD Landesverbänden Saarland, Rheinland-Pfalz,
Baden Württemberg und Hessen-Süd

Gemeinsame Betriebs- und Personalrätekonferenz der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmer*innenfragen

am **Samstag, den 4. Februar 2017**
im **Rechtsschutzsaal Bildstock**
Hofstraße 49, 66299 Friedrichsthal

Thema:

„Für eine solidarische Alterssicherung und eine lebensstandardsichernde Rente!“

Ablauf:

- 10.30 Uhr **Eröffnung und Begrüßung**
Luitpold Rampeltshammer, Afa Landesvorsitzender Saar
- 10.45 Uhr **„Für eine Reform der Alterssicherung in unserem Land“**
*Anke Rehlinger, Ministerin für Wirtschaft Arbeit und Verkehr und
SPD Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2017*
- Diskussion -
- 11.45 Uhr **„Perspektiven für eine zukunftsfähige Rente“**
- Vorschläge der IG Metall für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung -
Christoph Ehscheid, Leiter FB Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall
- Diskussion -
- 12.45 Uhr *Mittagessen*
- 13.15 Uhr Betriebsräte Dialogrunden: **Mehr Rente – mehr Zukunft**
- Welche Anforderungen stellen die Beschäftigten?
- 14.15 Uhr **"Gute Rente"**
- Die Auseinandersetzungen der IG Metall Geschäftsstelle Völklingen“
Robert Hiry, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Völklingen
- Diskussion -
- 15.00 Uhr **Schlusswort** *Klaus Bartel, Afa Bundesvorsitzender*

Für die Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmer*innenfragen der SPD

Saarland
Luitpold Rampeltshammer

Rheinland-Pfalz
Michael Jung

Baden Württemberg
Udo Lutz

Hessen Süd
Rainer Bicknase

Impressum:

Afa Saar
Redaktionsteam „Stimme der Arbeit“
Talstrasse 58, 66119 Saarbrücken
www.afa.spd-saar.de · email: afa@spd-saar.de

Layout/Druck:
AWO SPN - Faltblatt, Sulzbach
faltblatt.net

Auflage: 1000 Exemplare